

aktuell



Regierungsklausur
90 Projekte,
die Österreich
weiterbringen



SPÖ

Oliver Wagner,
neuer SPÖ-
Kommunikations-
chef

Bei strahlendem Sonnenschein traf sich die Regierung Anfang dieser Woche am Semmering zu einer zweitägigen Klausur. Das Ergebnis kann sich mehr als sehen lassen: In sieben Arbeitspaketen wurden über 90

Projekte definiert, die in der zweiten Hälfte der Legislaturperiode umgesetzt werden. Und: Alles ist mit klaren Zeitplänen versehen. „SPÖ Aktuell“ berichtet ausführlich über die Klausur und stellt die wichtigsten Projekte vor.

Nicht nur auf der inhaltlichen Ebene gibt es Neues, auch ein personeller Wechsel in der Löwelstraße ist zu vermelden. Der im Jahr 2009 bereits als stv. Kommunikationsleiter der SPÖ tätige Mag. Oliver Wagner ist seit 1. Juni der neue SPÖ-Kommunikationsleiter. Er folgt auf Marcin Kotlowski, der in die Geschäftsführung eines Unternehmens wechselt.

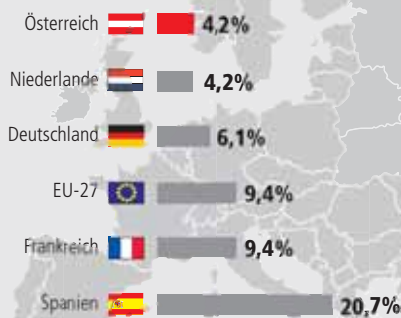
Eure Redaktion



Bei einer Enquete im Parlament wurde über den gesundheitlichen Aspekt von Sport und Bewegung diskutiert Seite 10

Der deutsche Naturwissenschaftler und SPD-Politiker Prof. Dr. Ernst Ulrich von Weizsäcker verfasste einen Gastkommentar zur Energiepolitik Seite 14

Arbeitslose in der EU



Österreich ist Europameister

Mit einer Arbeitslosenquote von 4,2 Prozent bildet Österreich gemeinsam mit den Niederlanden das europäische Spitzenfeld und liegt deutlich unter dem EU-Durchschnitt. Das zeigt, dass die Maßnahmen der Regierung gegen die Wirtschaftskrise gegriffen haben. Das Schlusslicht ist Spanien mit einer Arbeitslosenquote von 20,7 Prozent. ♦



Häuser

„Wer rasch hilft,
hilft doppelt.“:
Konsumenten-
schutzminister
Rudolf
Hundstorfer

Entschädigung für Listerien-Opfer

Der Verein für Konsumenteninformation hat im Auftrag des Konsumentenschutzministeriums eine Entschädigung für acht Opfer des mit Listerien kontaminierten Quargels der Firma Prolactal geltend gemacht. Sie erhalten 76.000 Euro. Den zum Teil betagten Geschädigten bleibt durch den Vergleich ein langes Verfahren erspart. ♦



picturedesk

VSSStÖ-Spitzenkandidatin Angelika Gruber, hocherfreut über die sensationellen Zugewinne: „Die Ergebnisse geben uns Recht, dass wir in den vergangenen zwei Jahren gute Arbeit geleistet haben.“

ÖH-Wahl: Wahlsieg für die Roten

Der „Verband Sozialistischer Student_innen“ (VSSStÖ) mit Spitzenkandidatin Angelika Gruber und ihrem Team hat bei den Wahlen zur Österreichischen HochschülerInnen-schaft ausgezeichnet abgeschnitten. Mit einem Plus von vier Mandaten und einem Stimmenzuwachs von drei Prozent hat der VSSStÖ die stärksten Zugewinne zu verzeichnen, während die ÖVP-nahe AG (Aktionsgemeinschaft) und die GRAS Grünen und Alternativen StudentInnen Verluste hinnehmen mussten. SPÖ-Parteivorsitzender Werner Faymann, SPÖ-Bundesgeschäftsführerin Laura Rudas und SPÖ-Wissenschaftssprecherin Andrea Kuntzl gratulierten dem VSSStÖ zum exzellentes Wahlergebnis. Als besonders positiv wertete der Kanzler die gestiegene Wahlbeteiligung. Laura Rudas strich die klaren gesellschaftspolitischen Forderungen und das gestärkte Serviceangebot des VSSStÖ hervor. ♦

Zitat der Woche

„Das wäre ein falscher Weg für Österreich, der Beschäftigung und Wirtschaftswachstum gefährdet.“

Bundeskanzler Werner Faymann warnt vor einer Rückkehr zum Schilling, das etwa von der FPÖ gefordert wird.

Info-Hotline zum EHEC-Erreger

Gesundheitsminister Alois Stöger setzt in Sachen EHEC-Erreger auf strengste Kontrollen und umfassende Information der Bevölkerung.

Unter der österreichweiten Info-Hotline des Gesundheitsministeriums 050 555 555 können sich alle Verbraucherinnen und Verbraucher über die aktuellsten Entwicklungen informieren. Derzeit geht in Österreich keine Gefahr vom EHEC-Keim aus. Die Entwicklung der Erkrankungswelle in Deutschland wird aber aufmerksam beobachtet. Mit

den deutschen Behörden erfolgt ein regelmäßiger Austausch, die Infos werden sofort hinsichtlich ihrer Relevanz für Österreich bewertet. Weiters wurden alle Ärzte vom Gesundheitsministerium aufgefordert, die Ursachen von Durchfallerkrankungen rasch abzuklären. Alle EHEC-Erkrankungen sind außerdem meldepflichtig. ♦



picturedesk

EHEC-Keim: Derzeit keine Gefahr in Österreich. Info-Hotline: 055 555 555.



STANDPUNKT

Ja zur Politik!

Die Regierung hat sich bei ihrer Arbeitsklausur am Semmering auf konkrete Ziele für die zweite Hälfte der Legislaturperiode geeinigt. Nun geht es darum, diese mit erhöhtem Tempo Schritt für Schritt umzusetzen.

„Wir müssen zeigen, dass Politik Handlungskraft hat und die sozialdemokratisch geführte Regierung handlungsstark ist.“

Während viele Staaten der EU mit massiven Problemen kämpfen, steht Österreich in fast allen Kernbereichen gut da. Wir haben die niedrigsten Arbeitslosenzahlen Europas und unsere Wirtschaft hat sich trotz Krise schnell erholt. Während andere europäische Länder von massiven Sparmaßnahmen und Protesten betroffen sind, können wir uns in Österreich darauf konzentrieren, konkrete Projekte in den Bereichen Bildung, Wirtschaft, Arbeit, Gesundheit, Pflege, Soziales, leistungsfähiger Staat, Sicherheit, Familie, Energie und Umwelt umzusetzen.

In Deutschland wird der Gesundheitsetat bis 2014 um 10 Mrd. Euro gekürzt – und zwar nicht in der Verwaltung. In Irland werden die Sozialausgaben um 2,8 Mrd. Euro gekürzt und die Einkommenssteuer erhöht. In Griechenland kam es bei Protesten gegen die notwendig gewordenen Sparmaßnahmen zu gewalttätigen Ausschreitungen. Nach den Sparpaketen stieg die Arbeitslosigkeit auf 12,6 Prozent, das Bruttoinlandsprodukt schrumpfte im dritten Quartal um 4,6 Prozent. Bis 2013 muss Griechenland mindestens weitere 30 Mrd. einsparen.

In Spanien ist jeder zweite Jugendliche arbeitslos. Was das für eine ganze Generation bedeutet, muss wohl nicht näher ausgeführt werden. Spanien kürzt aus Budgetnot die Löhne für Staatsbedienstete noch in diesem Jahr um fünf Prozent. Außerdem sollen 13.000 Stellen im öffentlichen Dienst wegfallen.

In Österreich hingegen haben wir die niedrigste Arbeitslosenquote der EU, haben soeben beschlossen, bis 2015 3,8 Mrd. Euro in angewandte Forschungs- und Technologiepolitik zu investieren. Im Jahr 2015 wird es in ganz Österreich flächendeckend Neue



HBf/Wenzel

Die Regierung hat sich bei ihrer Arbeitsklausur am Semmering auf konkrete Ziele für die zweite Hälfte der Legislaturperiode geeinigt.

Mittelschulen mit zusätzlichen Lehrern und modernen Lernmethoden geben. Bis 2015 soll es 210.000 Plätze in der Ganztagsbetreuung geben, was einer glatten Verdoppelung entspricht. Außerdem investiert die Regierung bis 2014 jährlich zusätzlich 15 Millionen Euro in den Ausbau der Kinderbetreuung.

Das ist die eine Seite. Die bedauerliche Seite: Politikbashing ist zum guten Ton geworden. Ich will die Politik selbst gar nicht freisprechen. Es werden Fehler gemacht und manches geht zu langsam. In der Vergangenheit hat sich die Politik – nach internationalem Trend – auch selbst zu oft aus der Verantwortung gezogen und damit zur Entpolitisierung mit beigetragen. Aber die undifferenzierte Weltuntergangsstimmung, die da und dort verbreitet wird, entspricht keineswegs der Realität.

Ja es ist noch einiges zu tun in Österreich. Manches dauert aufgrund von Uneinigkeiten und divergierender Interessen länger. Aber in den großen Themen Beschäftigung, Gesundheit und jetzt auch in wichtigen Teilen der Bildung präsentiert die Regierung konkrete Ergebnisse.

Wenn es an der Politik nicht liegen kann ist die politische Kommunikation schuld? Ja, aber wird nicht genau das von Autoren wie Colin Crouch zurecht als „postdemokratisch“ kritisiert? Crouch sagt, dass Politik zum reinen Spektakel verkommt, in dem konkurrie-

rende Teams professioneller PR-Experten die öffentliche Debatte kontrollieren. Wollen wir das? Soll tatsächlich die bessere Show gewinnen?

Dennoch: Das Ergebnis der Klausur kann sich wirklich sehen lassen und wurde auch von allen Seiten positiv kommentiert, von der Wirtschaft bis zur Gewerkschaft. Es ist aber jetzt unsere Aufgabe, in mühevoller Kleinarbeit, in direkten Gesprächen überall zu kommunizieren, dass die Regierungsarbeit funktioniert. Wir müssen der Entpolitisierung entgegenreten und nicht bestimmten Gruppen nach dem Mund reden. Wir müssen zeigen, dass Politik Handlungskraft hat und die sozialdemokratisch geführte Regierung handlungsstark ist.

Das ist nicht nur für uns als Partei wichtig, es ist vor allem auch aus demokratiepolitischer Perspektive von Bedeutung. Denn wem nützt die permanente Weltuntergangsstimmung, die Entpolitisierung, der generelle Zynismus gegenüber allem und jedem? Jenen, die nichts lösen müssen, die keine Vorschläge machen müssen, die keine Kompromisse einzugehen brauchen, weil sie eh nichts wollen – die nur Phrasen dreschen können – der FPÖ.

Ich freue mich über Diskussionsbeiträge zum Thema auf

www.facebook.com/laurarudas.at



ARBEITSTREFFEN

„Regierungsprogramm für die zweite Halbzeit“

2 Tage, 18 Regierungsmitglieder, 3 Arbeitssitzungen, 1 Betriebsbesuch, 7 Arbeitspakete und über 90 konkrete Maßnahmen: Die Bilanz der Regierungsklausur kann sich sehen lassen.

HBF/Wenzel



Konstruktiv und konsensorientiert waren die Gespräche bei der zweitägigen Regierungsklausur. Das Ziel war klar: „Österreich weiterbringen“.

HBF/Wenzel



Experten bestätigen: Österreich profitiert vom Euro. (Im Bild: Bundeskanzler Werner Faymann, Vizekanzler Michael Spindelegger, Nationalbank-Gouverneur Nowotny und IHS-Professor Felderer)

Kaiserwetter und Bergluft konnte die Regierungriege am Semmering unter der Führung von Bundeskanzler Werner Faymann kaum genießen. Man hatte schließlich ein dichtes Arbeitsprogramm vereinbart.

In der ersten Arbeitssitzung widmete man sich – im Beisein von Nationalbank-Gouverneur Ewald Nowotny und Wirtschaftsforscher Bernhard Felderer – den jüngsten Entwicklungen rund um die gemeinsame Währung. „Es ist unbestritten,

dass der Euro Österreich viel gebracht hat. Das lässt sich in einige Prozent Wirtschaftswachstum und Beschäftigungswachstum umrechnen“, unterstrich Faymann. In der anschließenden Sitzung wurde ein „Regierungsprogramm für die zweite Halbzeit“ der Legislaturperiode erarbeitet. Ziel ist es, trotz Sparsamkeit in jene Bereiche zu investieren, „die der Schlüssel für die Zukunft sind“, sagte Faymann.

Der zweite Tag der Klausur begann mit einem Betriebsbesuch bei der Schoeller-



Betriebsbesuch bei Schoeller-Bleckmann: Bundeskanzler Werner Faymann verschafft sich Einblick in den Arbeitsalltag.

Bleckmann Edelstahlrohr GmbH. Direkt im Anschluss ging es dann in eine Ministerratssitzung, bei der Nägel mit Köpfen gemacht wurden: Die am Vorabend präsentierten Maßnahmenpakete wurden beschlossen. „Wir haben mit viel Einsatz und Teamgeist wichtige Ziele für die nächsten Jahre und konkrete und kontrollierbare Arbeitsschritte für die nächsten zwei Jahre beschlossen“, schloss Faymann die Klausur. Jetzt geht es zügig an die Umsetzung. ♦

FAMILIE

„Politik, die Frauen weiterbringt“

Die Bundesregierung geht beim Ausbau der Kinderbetreuungsplätze in die Offensive. 5.000 Plätze – insbesondere für Unter-Dreijährige – sollen pro Jahr entstehen.

Ich bin sehr froh und stolz darauf, dass wir weitere Bundesmittel für den Ausbau der Kinderbetreuung in Österreich beschlossen haben. Das ist eine Familienpolitik, die Frauen weiterbringt“, betonte Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek. Sie hatte sich stets für eine rasche Fortführung der Anstoßfinanzierung stark gemacht. Mit Erfolg: Für die Jahre 2012, 2013 und 2014 werden wieder 15 Mio. Euro pro Jahr vom Bund bereitgestellt, 2011 gibt es 10 Mio. Euro. „Gerade bei den Unter-Dreijährigen müssen wir weiter aufs Gas steigen“, betont die Frauenministerin. Hier liegt Österreich mit 16 Prozent Betreuungsquote noch weit unter der EU-Vorgabe von 33 Prozent.



Fotolia

Nach der verpflichtenden Einkommenstransparenz und dem einkommensabhängigen Kindergeld ist die Ausbauoffensive ein „weiterer großer frauenpolitischer Erfolg“, sagt SPÖ-Frauensprecherin Gisela Wurm.

Eltern und Wirtschaft profitieren

Der Ausbau der Kinderbetreuung ist in mehrfacher Hinsicht wichtig. Durch mehr Kinderbetreuungsplätze erhalten mehr Eltern die Möglichkeit, Familie und Beruf zu vereinbaren. „Besonders Alleinerziehende profitieren von einem flächendeckenden, qualitativ hochwertigen Kinderbetreuungsangebot“, unterstreicht SPÖ-Frauensprecherin Gisela Wurm. Außerdem sind Investitionen in die Kinderbetreuung ein „echter Beschäftigungsmotor, durch den tausende Arbeitsplätze geschaffen werden“, sagt SPÖ-Familiensprecherin Gabriele Binder-Maier, die betont: „Vom Ausbau der Kinderbetreuung profitieren alle: Eltern und Kinder genauso wie die Wirtschaft.“ Und so hat sich der bisherige Ausbau der Kinderbetreuungsplätze auch als echte Erfolgs-

geschichte erwiesen: 17.000 Betreuungsplätze und 6.000 neue Jobs wurden allein in den ersten zwei Jahren der Anstoßfinanzierung 2008 und 2009 geschaffen. Nun kann diese erfolgreiche Entwicklung weitergehen. Bundesfrauengeschäftsführerin Andrea Mautz bedankte sich bei Gabriele Heinisch-Hosek, „die in dieser Hinsicht nicht locker gelassen hat.“ ♦

geschichte erwiesen: 17.000 Betreuungsplätze und 6.000 neue Jobs wurden allein in den ersten zwei Jahren der Anstoßfinanzierung 2008 und 2009 geschaffen. Nun kann diese erfolgreiche Entwicklung weitergehen. Bundesfrauengeschäftsführerin Andrea Mautz bedankte sich bei Gabriele Heinisch-Hosek, „die in dieser Hinsicht nicht locker gelassen hat.“ ♦

WIRTSCHAFT, ARBEIT, INNOVATION

Investitionen in den Standort

Mit einer Offensive für mittlere Betriebe, Investitionen in Infrastruktur, Forschung und Ausbildung sichert die Regierung den Wirtschaftsstandort und den Arbeitsmarkt ab.

Infrastruktur, Forschung und Innovationen sind die Schlüssel, um Österreich weiterzubringen. Bis 2015 gehen rund 3,8 Mrd. Euro in Forschung und Technologie. Nicht umsonst: Bringt doch jeder investierte Euro in diesem Bereich 19 Euro zusätzlichen Umsatz. Über 50.000 Beschäftigte profitieren davon, ebenso viele von der Offensive für Bahn und Straße. Bis 2016 werden 19,3 Mrd. Euro für eine leistungs- und umweltfreundliche Verkehrsinfrastruktur ausgegeben.

Einen Schub für Klein- und Mittelbetriebe bringt zudem die bei der Regie-

rungsklausur beschlossene Mittelstandsoffensive. Vor allem Innovationen werden gefördert („Innovationsscheck“), weiters soll bis Sommer 2012 eine Reform der GesmbH diese österreichische Rechtsform international attraktiver machen. Beschlossen wurden auch Erleichterungen bei der Unternehmensnachfolge.

Einen Schwerpunkt setzt die Regierung außerdem bei der Ausbildung: Die Bildungskarenz soll – etwa durch Übernahme von Kurskosten – noch attraktiver werden, zusätzliches Geld gibt es für die Ausbildungsoffensive für Jugendliche. ♦



Die Rekordinvestitionen in Schiene und Straße sichern bzw. schaffen 50.000 Arbeitsplätze.

GESUNDHEIT, PFLEGE, SOZIALES

Finanzierung der Pflege gesichert

Mit dem beschlossenen Pflegefonds wird die Kostensteigerung der Länder und Gemeinden im Bereich der Pflegedienste für die kommenden Jahre abgedeckt.



Das Pflegepaket bringt die Lösung der Pflegefinanzierung – im Gegenzug haben sich Länder und Gemeinden im Stabilitätspakt zu mehr Sparsamkeit verpflichtet.

Mit dem Pflegefonds-Beschluss haben wir einen großen Schritt zur nachhaltigen Finanzierung der Pflege gesetzt“, stellt Sozialminister Rudolf Hundstorfer fest.

Pflege, Case- und Caremanagement etc.). Der Bund beteiligt sich zu zwei Dritteln, Länder und Gemeinden zu einem Drittel. Die Gesamthöhe beträgt für 2011 bis 2014 685 Millionen Euro.

ASBO Konkret wurde vereinbart, dass die Arbeitsgruppe zur Strukturreform im Pflegebereich bis Ende 2012 Ergebnisse vorlegen wird, die eine nachhaltige Lösung der Pflegefinanzierung beinhalten.

Das Pflegefonds-gesetz regelt die Mittelaufteilung an Länder und Gemeinden, sowie die Mittelverwendung für die Sicherung und den Ausbau von Pflegeleistungen (mobile Dienste, Tageszentren, Kurzzeitpflege, stationäre

Auch wurde ein wichtiger Schritt für eine Verwaltungsreform gesetzt, denn die Zahl der Pflegegeld-Träger wird von derzeit 303 auf 8 reduziert.

Reformen im Gesundheitsbereich

Weiters wurde bei der Arbeitsklausur vereinbart, dass bis Herbst 2013 eine Spitals- und Gesundheitsreform sowie die Erarbeitung einer 15a-Vereinbarung mit den Ländern stehen sollen. Die nachhaltige Sicherung der Pensionen durch Pensionsmonitoring und das Heranführen des faktischen Pensionsalters an das Regel-pensionsalter (bis Frühjahr 2012) wurde ebenso vereinbart wie die Umsetzung des Kassensanierungspakets, das Monitoring der Krankenversicherungsträger und ein österreichweites Qualitätsmonitoring im Gesundheitsbereich (Herbst 2013). Auch werden bis Sommer 2012 von Expertinnen und Experten Vorschläge für Gesundheitsziele für Österreich erarbeitet. ♦

SCHULE

Mit dem Bildungsexpress in die Zukunft

Mehr Neue Mittelschulen und mehr ganztägige Betreuung – die Bildung war eines der Schwerpunktthemen bei der Regierungsklausur.

In der Bildung geht es, so SPÖ-Bildungssprecher Elmar Mayer, „mit Riesenschritten weiter in Richtung beste Zukunft“. Denn die Regierung hat bei ihrer Arbeitssitzung am Semmering eine ganze Fülle von Bildungsreformen (u.a. Kurssystem in der Oberstufe, PädagogInnenbildung NEU, Investitionen in den Schulbau) präsentiert, die von Bildungsministerin Claudia Schmied mit Hochdruck fortgeführt und umgesetzt werden. Es sind vor allem zwei Herzstücke, die dafür sorgen, dass unsere Kinder beste Bildung und beste Chancen bekommen: Nämlich der Ausbau der Neuen Mittelschule und der Ausbau der schulischen Ganztagsbetreuung. Die Erfolgsgeschichte „Neue Mittelschule“



Die Bildungsoffensive geht ungebrems weiter: Damit unsere Kinder mit bester Bildung und besten Chancen durchstarten können.

(NMS) geht zügig weiter: Schon im Herbst kommen zu den bestehenden NMS-Stand-

orten 114 neue dazu. Dann gibt es bereits 434 Standorte in ganz Österreich – und 17 Prozent aller Zehn- bis Vierzehnjährigen, die diese Erfolgsschule besuchen. Die letzten Hauptschulklassen werden im Schuljahr 2018/19 auslaufen: Die Neue Mittelschule ist damit flächendeckend an 1.173 Standorten ausgebaut. Deutlich ausgebaut wird auch die schulische Ganztagsbetreuung – für SPÖ-Bildungssprecher Mayer ein „Meilenstein, der voll den Wünschen der Eltern entspricht“. Im Schuljahr 2011/12 soll es rund 120.000 Plätze geben, bis 2015 werden 210.000 Plätze angepeilt. Für diesen Ausbau stehen bis 2015 jährlich 80 Millionen Euro „Bildungsoffensivmittel“ zur Verfügung. ♦

ENERGIE, UMWELT

Schluss mit Atomstrom ab 2015

Durch erneuerbare Energieformen und mehr Effizienz soll Österreich unabhängig von Atomstromimporten werden.

Und das schon ab dem Jahr 2015. Durch eine Novelle zum Ökostromgesetz soll der Ausbau erneuerbarer Energieformen unterstützt werden. Schon jetzt ist Österreich Spitzenreiter in diesem Bereich: 70 Prozent des heimischen Stromverbrauchs wird aus erneuerbaren Quellen gedeckt. Zum Vergleich: Der europäische Durchschnitt liegt bei 17 Prozent. Auch das langfristige Ziel österreichischer Energiepolitik wurde festgeschrieben: Ab 2050 soll Österreich seinen gesamten Stromverbrauch selbst decken, also energieautark werden. Der zweite wichtige Puzzelstein hierfür ist die Energieeffizienz. Das größte Einsparpotential liegt dabei im Gebäudebereich. Im Rahmen einer Förderoffensive für die thermische



Energieautark: Ab 2050 soll Österreich seinen kompletten Energieverbrauch aus eigener Kraft decken.

Sanierung stehen daher von 2011 bis 2014 jährlich 100 Millionen Euro zur Verfügung. Positiver Nebeneffekt: Tausende neue Aufträge für die Bauwirtschaft, zusätzliche Green Jobs und Klimaschutz.

Anti-Atomaktionsplan

Auf europäischer Ebene will die Bundesregierung eine „Anti-Atom-Allianz“ schmieden, um dem Standpunkt der Atom-Gegner mehr Gewicht zu verleihen. „Nur so kann man den kommenden Generationen eine intakte Umwelt garantieren und verhindern, dass Energiekonzerne heute Gewinne auf Kosten der künftigen Generationen machen“, begrüßt SPÖ-Umweltsprecherin Petra Bayr das Vorhaben. ♦

EUROPA, INNERES, JUSTIZ
Vorrang für Sicherheit

Vom Bundesamt für Asyl und Migration über das Lobbyistengesetz und die EU 2020-Strategie hat sich die Regierung ehrgeizige Ziele gesetzt.

Mehr Transparenz und weniger Lobbyismus und Korruption – bis zum Herbst 2011 sollen diese Ziele mit dem Lobbyistengesetz erreicht werden. Ebenfalls im Herbst umgesetzt wird das internationale Anti-Folter-Abkommen. Im Winter 2011 wird das Bundesasylamt eingeführt. Bis 2020 läuft die EU 2020-Strategie mit dem Schwerpunkt Bildung und Wissenschaft. Und das Verkehrssicherheitsprogramm 2011-2020 widmet sich insbesondere dem Schutz der schwächeren Verkehrsteilnehmer. Das Ziel: 50 Prozent weniger Verkehrstote bis 2020. Laufend werden auch Strategien zur Cyber-Security entwickelt. ♦



Zimmer

Im Sommer 2011 wird mit der Schengen-Evaluierung die Sicherheit an den EU-Außengrenzen erhöht und damit das Sicherheitsgefühl der EU-Bürger gestärkt.

FINANZEN, VERWALTUNG
Leistungsfähiger Staat, Regeln für Finanzmarkt

Einen großen Schritt macht die Regierung in Sachen Bürokratieabbau und effiziente Verwaltung.

Bei der größten Strukturreform der Verwaltungsgerichtsbarkeit werden 100 Sonderbehörden zugunsten von neun Landesverwaltungsgerichten, einem Bundesverwaltungsgericht und einem Bundesfinanzgericht aufgelöst. Das bringt kürzere Verfahren und eine Entlastung der Höchstgerichte. Bis 2013 sollen außerdem 330 Maßnahmen zur Verwaltungsvereinfachung zwischen Bund und Ländern umgesetzt sein – vom Abfallwirtschafts- bis zum Wasserrecht. Im Steuerrecht plant die Regierung eine Strukturreform, die bis 2013 erarbeitet wird. Neue Regeln kommen für den Finanzmarkt: Künftig wird eine eigene Behörde die Rechnungslegung börsennotierter Unternehmen überwachen. Zudem bekommen Banken ein spezielles Insolvenzrecht. Die Finanztransaktionssteuer wird die Regierung auf EU-Ebene vorantreiben. ♦



picturedesk

Damit Bankenpleiten künftig nicht mehr die Steuerzahler und die Volkswirtschaft belasten, kommt ab Jahresende 2011 ein eigenes Bankeninsolvenzrecht.

ARBEITSMARKT

Arbeitslosigkeit sinkt in Österreich weiter

Mit einer Arbeitslosenquote von 4,2 Prozent ist Österreich gemeinsam mit den Niederlanden Europameister in Sachen niedriger Arbeitslosigkeit.



Sozialminister Rudolf Hundstorfer: „Österreich im EU-Vergleich einmal mehr Nummer 1“.

Sozialminister Rudolf Hundstorfer liest aus den jüngsten Arbeitsmarktdaten gleich mehrere positive Entwicklungen heraus. Es sei eine

„Schallmauer“ durchbrochen worden, da erstmals im Mai mehr als 3,4 Millionen Menschen in Österreich beschäftigt gewesen sind. Besonders freut sich der Sozial-

minister über die positive Entwicklung am Jugend-Arbeitsmarkt. „Wir haben im Mai die geringste Lehrstellenlücke seit drei Jahren. 4.072 Lehrstellensuchenden stehen 3.301 offenen Lehrstellen gegenüber.“

Auch der von manchen befürchtete Ansturm von Arbeitskräften aus unseren östlichen Nachbarstaaten ist nicht erfolgt, da seit der Arbeitsmarkttöffnung am 1. Mai die Arbeitslosigkeit stetig sinkt. Die Arbeitslosenquote macht in Österreich nach Eurostat 4,2 Prozent aus. Damit verzeichnet Österreich zum 15. Mal in Folge verringerte Arbeitslosigkeit. Im Mai waren 221.369 Personen ohne Beschäftigung, das sind um 5.720 Personen oder 2,5 Prozent weniger als im Vergleichsmonat des Vorjahres. Einen spürbaren Rückgang gab es bei den Langzeitarbeitslosen, also Menschen, die schon länger als ein Jahr arbeitslos sind. Hier gab es einen Rückgang um fast 30 Prozent. „Diese Zahlen bestätigen, dass wir zum richtigen Zeitpunkt die richtigen Maßnahmen gesetzt haben“, so Hundstorfer. ♦

EURO

Strache will den Schilling zurück

Die Aussagen von FPÖ-Chef Strache im Zusammenhang mit dem Schilling zeugen von wirtschaftspolitischer Einfalt und massiven Wahrnehmungsproblemen.

In einem Interview mit der „Kleinen Zeitung“ forderte Strache die Wiedereinführung der alten Schillingwährung, weil da das Geld noch etwas wert gewesen sei. Was er in diesem Zusammenhang jedoch nicht bedacht hat, ist, dass die Hypo in

Kärnten, die durch die FPÖ verursachten Verluste ohne die Stabilität des Euros kaum überstanden hätte. „Die Folgen für die Wirtschaft, die Arbeitsplätze, den Wohlstand und den sozialen Frieden in Österreich wären dramatisch gewesen“, stellt Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter klar. ♦

SPÖ-Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter entlarvt die „einfältigen und dreisten“ Behauptungen Straches.



JUSTIZ

Grassers Scheinoffensive

Der Ex-Finanzminister, der mit zahlreichen Vorwürfen konfrontiert ist, sieht sich als Opfer der Justiz und schlägt verbal um sich.

Es ist eine bekannte Situation: Wer in die Ecke gedrängt wird, schlägt um sich. Auch SPÖ-Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter betont: „Die massiven Rundumschläge zeigen die steigende Panik des Beschuldigten Grassers.“ Nach mehreren Hausdurchsuchungen könnte es zu Anklagen wegen Amtsmissbrauch, Untreue und Steuerdelikten kommen. Grasser, für den die Unschuldsvermutung gilt, beschuldigte nun die ermittelnde Justiz und forderte einen parlamentarischen Untersuchungsausschuss. Der mutmaßliche Täter sieht sich als Opfer der Justiz. Eine alte Geschichte. ♦

Bei den wenig glaubwürdigen bisherigen Erklärungsversuchen Grassers stehen nicht nur diesem die Haare zu Berge.



Globalisierung

Der hungrige Planet

Die große Frage, der in diesem Buch nachgegangen wird, lautet: „Wie können wir Wohlstand mehr, ohne die Erde auszuplündern?“

Paul Collier liefert auf über 270 Seiten viele Impulse und Ideen, wie wir unseren Planeten vor der Ausbeutung seiner Ressourcen schützen können. Hierbei ist vor allem zu beachten, dass unter unserem verschwenderischen Umgang mit Rohstoffen die Entwicklungsländer am meisten leiden. Denn diese sind von Umweltzerstörung, Nahrungsmittelkrisen und Klimawandel besonders stark betroffen. Wie ist es möglich, den ärmsten Ländern zu

helfen, die ständig wachsende Weltbevölkerung zu versorgen und unsere Lebensgrundlagen dennoch zu schützen? Auch hinterfragt der Autor den vermeintlich unüberbrückbaren Widerspruch zwischen Ökologie und Ökonomie und zeigt, wie wir den Hunger nach Wachstum stillen können, ohne unseren Planeten auszuplündern. Wer die drängendsten Probleme unserer Zeit verstehen möchte, sollte dieses Buch lesen. ◆

Sammelband

Die Qualität der Demokratie

Namhafte Autoren gehen der zentralen Frage nach: „Welchen Herausforderungen haben sich die Demokratien im 21. Jahrhundert zu stellen?“

Weltweit bekennen sich heute so viele Staaten wie nie zuvor zur Demokratie. Eine quantitativ beispiellose Erfolgsgeschichte, die aber die Frage nach der Qualität der Demokratie nicht überdecken darf. Im Zentrum dieses Sammelbandes stehen daher folgende Schwerpunktthemen: Was macht die Qualität einer Demokratie aus? Welche Kriterien sind mit Blick auf die unterschiedlichen Demokratieformen der liberalen und der sozialen Demokratie aus-

schlaggebend? Wie stellt sich die Qualität der österreichischen Demokratie in international vergleichender Perspektive dar? Alle Beiträge dieses Buches beruhen auf Referaten, die im Rahmen von Vortragsveranstaltungen des Dr.-Karl-Renner-Institutes in den Jahren 2009 und 2010 gehalten wurden. Autoren sind unter anderen: Dirk Berg-Schlosser, Colin Crouch, Karl A. Duffek, Karin Liebhart, Anton Pelinka und Barbara Prammer. ◆

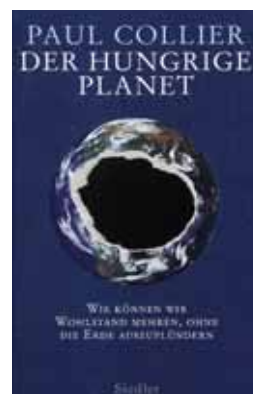
Biografie

Hans Theessink - Big Bill's Guitar

Dietmar Hoscher, Musikkennner und ehemaliger SPÖ-Nationalratsabgeordneter, skizziert anhand zahlreicher Interviews den spannenden Lebensweg einer Musikerlegende.

Dergebürtige Niederländer Hans Theessink lebt seit mehr als 30 Jahren in Wien und zählt zu den bedeutendsten Musikern der Blues- und Rootsszene. Der Autor und Musikjournalist Dietmar Hoscher, der die österreichische und internationale Bluesszene wie kein anderer kennt, hat seinen Freund Hans Theessink zu unzähligen Interviews gebeten, die in diesem Buch zu einer Reise durch die Welt des Ausnahmekünstlers verwoben wurden. Im Laufe der

Interviews stellte sich der Musiker die Frage: „Erzählt man bei so einem Projekt Wahrheit oder Lüge?“ Big Bill's Guitar ist nämlich keine chronologisch exakte Faktensammlung. Vielmehr wird der Versuch unternommen, am roten Faden des musikalischen Fortschreitens Theessinks orientiert, Schlaglichter auf prägende Erlebnisse, Personen und Orte zu werfen. Vorworte wurden von Georg Danzer und Michael Köhlmeier beige-steuert. ◆

☐ Stk.


Paul Collier:
Der hungrige Planet.
Siedler Verlag, München 2011;
272 S., 23,70 €

☐ Stk.


B. Prammer, B. Rosenberger,
K. A. Duffek (Hg.):
Die Qualität der Demokratie.
Erhard Löcker GesmbH,
Wien 2011; 188 S., 19,80 €

☐ Stk.


Dietmar Hoscher:
Hans Theessink - Big Bill's Guitar.
echomedia buchverlag,
Wien 2011;
176 S., 24,90 €

Unterschrift:

Adresse:

Name:

In der **Buchhandlung Löwelstraße**

1014 Wien, Löwelstraße 18

Tel: 01/534 27/323 od. 343, Fax: 01/534 27/324, E-Mail: Buchhandlung@spoe.at

Bitte Bestellschein ausfüllen, gewünschte Bücher ankreuzen, abtrennen, einsenden, faxen oder einfach per E-Mail bestellen!



aktuell

ENQUETE

„Kick-off“ zu halbjährlichen SPÖ-Sportkonferenzen



Menschen zu bewegen ist eine „sportliche Herausforderung“, der sich der SPÖ-Parlamentsklub künftig in eigenen Konferenzen widmen wird.

Mit einer „Kick-off-Veranstaltung“ hat der Parlamentsklub den Startschuss für eine Serie von SPÖ-Sportkonferenzen im Rahmen der Initiative „Österreich 2020“ gegeben. Das Thema Sport sei „dermaßen breit und vielschichtig, „dass eine Veranstaltung dieser Art nicht den Anspruch auf Vollständigkeit erheben kann“, erläuterte SPÖ-Sportsprecher Hermann Krist. Halbjährlich und dezentral organisiert sollen die SPÖ-Sport-

konferenzen sein, um so möglichst vielen Interessenten und Fachleuten die Teilnahme zu ermöglichen. Ziel der Veranstaltungen ist es auch, dem Sport mehr Platz und Aufmerksamkeit in einem künftigen SPÖ-Parteiprogramm zu sichern. Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek eröffnete die anschließende Podiumsdiskussion zur Rolle der Frauen im Sport und sprach sich für Genderbudgeting bei der Sportförderung aus.



Fotos: SPÖ Klub

Klubobmann Josef Cap und SPÖ-Sportsprecher Hermann Krist eröffnen die erste SPÖ-Sportkonferenz.



Neben zahlreichen Interessierten nahmen auch Experten aus dem Bildungs-, Sport- und Gesundheitsministerium sowie von ASKÖ und der Bundes-Sportorganisation teil.

Breite Themenpalette

Bei den kommenden Veranstaltungen wird man sich Themen wie der vielfach angekündigten täglichen Bewegungseinheit, den finanziellen Belastungen, die durch Schulsportwochen auf Eltern zukommen,

oder dem Rückgang der Wintersportwochen widmen. Auch auf die Sportlehrer- und Sportlehrerinnenbildung und das Berufsbild der Freizeitpädagogen sowie die Zusammenarbeit im organisierten Sport soll ein Blick geworfen werden. „Bewegen wir die Menschen, stellen wir uns der Herausforderung“, appellierte Krist. ♦

KULTUR

Mehr Frauenpower für die Bühnen

In Österreichs Theatern ist Chancengleichheit von Frauen und Männern noch immer nicht erreicht, kritisiert SPÖ-Kultursprecherin Sonja Ablinger.

Die Theater werden fast ausschließlich von Männern bespielt“, Autorinnen und Regisseurinnen lässt man(n) auf den Brettern, die die Welt bedeuten, nur allzu selten Erfolge feiern, bemängelt Sonja Ablinger, Kultursprecherin und SPÖ-Frauenvorsitzende in Oberösterreich. Es gebe lediglich einzelne Lichtblicke, so Ablingers

Befund. Etwa das Schauspielhaus Wien, wo bei 18 Premieren sieben Regisseurinnen neun Stücke inszenierten. In der Regel aber erhalten Frauen nur selten eine Chance auf großen Bühnen. Bleibt zu hoffen, dass die Spielpläne möglichst rasch der Tatsache Rechnung tragen, „dass Qualität keine männliche Kategorie ist“, so Ablinger. ♦



SPÖ ÖÖ

Vermisst Frauen als Leiterinnen, Autorinnen oder Regisseurinnen an den heimischen Theatern: SPÖ-Kultursprecherin Sonja Ablinger.



BUNDES RAT

Gemeinden stärken – Zusammenarbeit unterstützen

Der Bundesrat hat einen Gesetzesantrag zur Stärkung der Gemeinden eingebracht. Die Zusammenarbeit von Gemeinden in verschiedenen Projekten wird damit stark vereinfacht und verfassungsrechtlich abgesichert.

Bisher konnten Gemeinden einen Verband nur für einen Zweck bilden, z.B. den klassischen Abwasserverband. In Zukunft reicht ein Gemeindeverband, um Kooperationen für verschiedene Projekte zu ermöglichen. SPÖ-Fraktionsvorsitzender im Bundesrat Gerald Klug betont: „Dort, wo ein Wille zur Zusammenarbeit besteht, darf das Gesetz nicht entgegenstehen.“ Besonders erwähnenswert ist, dass der Bundesrat aktiv einen Gesetzesantrag einbringt. Das gab es bisher erst einmal. „Das Gesetz als Teil einer Verwaltungsreform auf Bundesebene hat unmittelbare Auswirkungen auf die Gemeinden: Sie können in Zukunft effizienter, kostengünstiger, leichter und vor allem rechtlich abgesichert gemeinsame Projekte verwirklichen“, betont der Fraktionsvorsitzende die Vorteile für die Bürgermeisterinnen und



Fraktionsvorsitzender Gerald Klug über den größten Vorteil der Novelle: „Das Leistungsangebot der Gemeinden für die Bürgerinnen und Bürger wird mit dem Gesetz abgesichert und kann sogar ausgebaut werden.“

Bürgermeister. Es geht, so Klug, einerseits darum, die „Heimat rund um den Kirchturn“ zu erhalten und andererseits gleichzeitig um eine „sanfte Reform von oben“.

Kooperationen werden auch bundesländerübergreifend ermöglicht.

Kinderbetreuung gemeindeübergreifend organisieren

Besonders kleinere Gemeinden haben oft Schwierigkeiten, Kommunalprojekte zu finanzieren. Ein Beispiel ist die Ganztagskinderbetreuung über die Sommermonate, für die in Kleinstgemeinden oft nicht genug finanzielle Ressourcen vorhanden sind und für die sich eine Kooperation anbieten würde. „Klar ist aber, dass auch bei intensiverer Zusammenarbeit die Gemeindefidentität, angefangen beim Gemeindefnamen, erhalten bleiben muss“, unterstrich der Fraktionsvorsitzende. Das Gesetz wird noch vor dem Sommer im Nationalrat beschlossen.

ORF-STREITGESPRÄCH

Cap demaskiert Strache

Bei der Regierungsklausur wurden viele neue und konkrete Projekte vorgelegt, um Österreich zukunftsicher zu machen, insgesamt 90 an der Zahl. Angstmacher und Untergangspropheten wie H.C. Strache reden Österreich dagegen permanent schlecht.

Tatsächlich hat Österreich die geringste Arbeitslosigkeit Europas. Auch beim Wirtschaftswachstum liegt Österreich sehr gut und hat sogar das Vorzeigeland Schweiz überholt, betonte SPÖ-Klubobmann Josef Cap. Beim Pro-Kopf-Einkommen hat sich Österreich ebenfalls an die Schweiz angenähert. Dennoch versuchen Demagogen wie Strache das Land schlechtzureden. Bei einem Gespräch mit Josef Cap im ORF-„Report“ war von Strache bezeichnenderweise kein einziges positives Wort über Österreich zu hören.

Ungeachtet der im weltweiten Vergleich guten Performance Österreichs, betreibt Strache reine Angstmacherei.

Von ihm selbst kommen keinerlei Vorschläge auf den Tisch, wie es besser gehen könnte. Konstruktive Arbeit für Österreich leisten andere: „Wir haben tolle Gewerkschaften, die gute Lohnabschlüsse erreicht haben“, betonte Cap. Diese Gruppen sind es, die für Verbesserungen in Österreich arbeiten, nicht Marktschreier wie Strache, die von Problemen leben und diese nicht lösen. Ganz im Gegenteil: Wenn die FPÖ argumentiert, dass Griechenland nicht in die Eurozone hätte aufgenommen werden dürfen, muss daran erinnert werden, dass es die schwarzblaue Regierung war, die Griechenland in die Eurozone geholt hat. Auch über den FPÖ-Skandal Hypo-Alpe-Adria, der Öster-



Zinner

Im ORF-„Report“ hat SPÖ-Klubobmann Josef Cap Strache entzaubert. Die Sendung zum Nachsehen gibt es Youtube unter <http://bit.ly/ldf300>.

reich viel Geld kostete, schweigt der FPÖ-Chef. Strache muss sich fragen, was er mit der Verbreitung negativer Stimmung in einer an sich guten Situation anrichtet. In der Zwischenzeit arbeitet die SPÖ weiter für die Menschen.

WIEN

Eine gerechte Gesellschaft braucht gerechte Steuern



Bürgermeister Michael Häupl hielt beim 66. Wiener Landesparteitag ein Plädoyer für mehr Gerechtigkeit im Steuersystem. Auch Bundeskanzler Werner Faymann sprach sich für gerechte Einnahmen aus, um Chancengleichheit zu gewährleisten.

„Das zentrale Thema der Gerechtigkeit in der Gesellschaft ist in allen Politikberei-

chen anzuwenden, umzusetzen und einzubringen“, betonte der wiedergewählte Wiener SPÖ-Vorsitzende Michael Häupl in seiner Rede beim Landesparteitag. Die Krisenbekämpfung sei noch nicht abgeschlossen. Deshalb sei es so wichtig, Maßnahmen zur Regulierung der Finanzmärkte zu ergreifen und eine Finanztransaktionssteuer einzuführen. „So weiterzumachen

wie bisher führt unausweichlich in die nächste Krise, die uns noch viel härter treffen wird“, warnte Häupl. „Wir Sozialdemokraten kämpfen für ein gerechtes Steuersystem, denn es gibt keine soziale Gerechtigkeit ohne ein gerechtes Steuersystem“, unterstrich der Bürgermeister.

Viel beachtete Rede des Bundeskanzlers

Auch Bundeskanzler Werner Faymann betonte unter dem Applaus der mehr als 1.000 De-



Bundeskanzler Werner Faymann macht sich für eine europaweite Finanztransaktionssteuer stark.



Der 66. Wiener Landesparteitag stand unter dem Motto: „Damit was weitergeht. Der Wiener Weg. SPÖ.“

legierten, dass gerechte Einnahmen das vorrangige Ziel sein müssen. „Wenn wir nichts tun, geht's in die falsche Richtung. Dann wird die Kluft zwischen Arm und Reich größer.“ ♦



Neben gerechten Steuern, waren Wirtschaft, Arbeit und Bildung die zentralen Themen in der Rede von Bürgermeister Michael Häupl.

Fotos: SPÖ Wien

SPÖ FRAUEN

Ein gesundes Körperbewusstsein schaffen



„Schöne“ sind zum Symbol für Leistungserbringer geworden. Diesem neoliberalen Umgang mit dem Körper muss entgegengetreten werden.

„Ziel ist es daher, vor allem jungen Mädchen ein gesundes Körperbewusstsein zu vermitteln und medial verbreitete Körperbilder zu hinterfragen“, so Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek. Es braucht daher einen Ausbau der Sexualerziehung durch ExpertInnen in Schulen, um bei Kindern schon im jungen Alter ein



Von links: Fotografin Inge Prader, Frauengesundheitsbeauftragte Beate-Wimmer Puchinger, Moderatorin Karin Strobl, Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek, Facharzt für plastische Chirurgie Artur Worseg

gesundes Körperbewusstsein zu fördern. Aber auch in der Politik müsse man darauf achten, dass Frauen nicht unverhältnismäßig nach ihrem Äußeren beurteilt

werden. Hier würde viel stärker als bei Männern nach einem Schönheitsideal bewertet und Inhalte treten somit in den Hintergrund, so Heinisch-Hosek. ♦

Knie

KÄRNTEN

„Fairsicherung“ jetzt!



Die SPÖ Kärnten unterstützt den Sozialdemokratischen Wirtschaftsverband (SWV) beim Kampf um mehr Fairness für Selbstständige.

Aktuelle Zahlen zeigen, dass Ein-Personen-Unternehmen (EPU) Unterstützung brauchen. Denn rund 25 Prozent der Selbstständigen verdienen weniger als 3.725 Euro im Jahr, das sind ca. 310 Euro monatlich. Und 50 Prozent verdienen weniger als 11.329 Euro jährlich, das sind 944 Euro im Monat. Für SPÖ-Landespartei-vorsitzenden, LH-Stv. Peter Kaiser ist klar: „Wir fordern soziale Gerechtigkeit für diese Ein-Personen-Unternehmen. Viele der Unternehmer wollen durch die Selbstständigkeit ihrer sozialen Situation entfliehen und sind dann auch als Einzelunternehmer meist armutsgefährdet.“ Kaiser unterstützt daher die SWV-Kampagne „Fairsicherung! Mehr Fairness für Selbstständige“.

Fünf Forderungen

Leopold Sever, Präsident des SWV-Kärnten und Vizepräsident der Wirtschaftskammer Kärnten, bekräftigt: „Wir müssen so viel soziale Zuwendung ermöglichen, dass auch für die EPU Selbstständigkeit möglich ist. Darum haben wir fünf Forderungen aufgestellt, die wir im Wirtschaftskammerparlament einbringen.“

Die Forderungen im Detail:

- » Abschaffung des 20-prozentigen Selbstbehaltes für Versicherte nach der Gewerblichen Sozialversicherung (wie bei der Allgemeinen Sozialversicherung – ASVG).
- » Herabsetzung der Mindestbeitragsgrundlage auf das Niveau der geringfügigkeitsgrenze im ASVG.
- » Gleichregelung des Wochengeldes

im Mutterschutz wie im ASVG. Die Höhe soll dem durchschnittlichen Nettoverdienst entsprechen, aber mindestens 26,26 Euro betragen.

- » Einführung eines gesetzlichen Krankengeldes für Ein-Personen-Unternehmen zum ASVG und Ausbau der Betriebshilfe.
- » mehr Transparenz in der SVA. ♦



SPÖ Kärnten

**Machen sich gemeinsam für Ein-Personen-Unternehmen stark:
LH-Stv. Peter Kaiser und
SWV-Kärnten-Präsident Leopold Sever.**

SALZBURG

Bürgergespräche voller Erfolg



„Das rege Interesse zeigt mir, wie wichtig und richtig es ist, mit den Bürgern über ihre Anliegen und Sorgen zu reden“, zieht Landeshauptfrau Gabi Burgstaller ein positives Fazit.

Auch das vierte von insgesamt zehn Bürgergesprächen war wieder ein voller Erfolg. Mehr als 300 Bürgerinnen und Bürger nutzten am 25. Mai die Chance, mit ihrer Landeshauptfrau persönlich in Kontakt zu treten. Ziel dieser Veranstaltungsreihe ist es, allen Salzburgerinnen und Salzburgern die Möglichkeit zu geben, ihre Sorgen und Anliegen persönlich und direkt den Landesspitzen präsentieren zu können.

Weitere Infos sowie Terminankündigungen unter www.facebook.com/buergergespraeche ♦



SPÖ Sbg.

Landeshauptfrau Gabi Burgstaller sucht das direkte Gespräch mit Salzburgerinnen und Salzburgern.

KINDERFREUNDE

Ferienspass für Kinder



Die Kinderfreunde

Die Kinderfreunde bieten jedes Jahr in den Sommerferien zahlreiche Aktivitäten und Reisen im In- und Ausland für Kinder an.

Ursprünglich noch als Erholungsaktion für bedürftige Kinder durchgeführt, bieten die Landesorganisationen der Kinderfreunde heute ein abwechslungsreiches Programm für alle Kids an. Mit vielen tausenden teilnehmenden Kindern und Jugendlichen sind die Kinderfreunde in Österreich der größte Anbieter für Kinder- und Jugendferien. Die Angebote reichen vom klassischen Zeltlager über Freizeitcamps, Sportcamps mit Reiten, Tauchen, Surfen und Segeln, Fußball oder Tennis, Erlebniscamps mit Outdoorspaß, Detektiv- oder Zaubercamps bis hin zu Musicalcamps und Gesundheits- oder Lernferien. Genauere Informationen zum Programm unter: www.kinderfreunde.at/ferien. ♦

Kinderfreunde



Hohe Qualitätsstandards und die sorgfältige Auswahl des Betreuungspersonals garantieren tolle und erlebnisreiche Ferien.



Zimmer

QUERGESCHRIEBEN

Energieangebotspolitik war gestern

Die alte Energiediskussion drehte sich um die Bereitstellung von immer mehr Energie zu möglichst billigem Preis. Das muss ein Ende haben, wenn wir naturverträglich und wettbewerbsfähig werden und bleiben wollen.



Fotolia

Energie soll parallel mit dem Fortschritt der Energieproduktivität teurer werden – unter der Voraussetzung von sozialen Rabatten.

Wir werden mit immer mehr Entwicklungen konfrontiert, die nicht so steuerbar sind, wie wir geglaubt haben – die globale Wirtschafts- und Finanzkrise und die Tragödie von Fukushima sind Beispiele.

Energiepolitik war von Alters her das Auf- und Nutzen von Energie. Früher war das Holz und Wasserkraft, später Kohle und Atom und seit einigen Jahren auch Wind- und Solarenergie. Die Politik wollte Energie immer so billig wie möglich verfügbar machen. Am krassesten Lenin, der Energie am

liebsten verschenken wollte, um die Schwerindustrie aufzubauen und die Menschen glücklich zu machen.

Klima und Radioaktivität machen den alten Weg hoch gefährlich. Im 21. Jahrhundert muss die ganze Welt lernen, aus den Kilowattstunden fünfmal, ja zehnmal so viel Wohlstand herauszuholen. Technisch ist das möglich, aber unter den Bedingungen billiger Energie wird es nicht stattfinden. Die Amortisationszeiten sind für radikale Effizienz viel zu lang.

Die „Faktor Fünf Revolution“ kann uns viel

„Im 21. Jahrhundert muss die ganze Welt lernen, aus den Kilowattstunden fünfmal, ja zehnmal so viel Wohlstand herauszuholen.“

reicher machen und zugleich das Klima schonen. Der politisch beste Weg dorthin geht über die Preise. 150 Jahre lang ist die Arbeitsproduktivität ständig im Gleichschritt mit den (Brutto-) Löhnen gestiegen. Beides hat sich etwa verzwanzigfach. Analog sollte man Energie in kleinen Schritten, parallel mit dem Fortschritt der Energieproduktivität teurer machen. Was man monatlich für Energie ausgibt wird im Durchschnitt nicht mehr! Und dennoch kann und soll man soziale Rabatte akzeptieren: Energie fürs Lebensnotwendige zum Vorzugspreis.

Österreich, Deutschland, Europa können sich an die Spitze des technischen Fortschritts katapultieren und dabei immer wettbewerbsfähiger und reicher werden, wenn sie diesen strategischen Pfad verfolgen. Passivhäuser, Effizienzautos, gute Bahn- und Bus-Verbindungen und energieeffiziente Industrie werden florieren, Energievergeuder werden ausgemustert. ♦

Prof. Dr. **Ernst Ulrich von Weizsäcker** ist Naturwissenschaftler und SPD-Politiker. Sein neues Buch „Faktor Fünf“ (Droemer Knaur, München 2010) zeigt, wie die Effizienzrevolution technisch und politisch funktioniert.

Neues zum „Österreich 2020“-Prozess

„Österreich 2020“ widmete sich bei einer Enquete im Parlament dem gesundheitlichen Aspekt von Bewegung, insbesondere von Kindern und Jugendlichen. Dazu wurden als Best-Practice-Beispiel für Motivation zum Sport an der Schule die HTL Donaustadt und das BRG16 in Wien prä-

sentiert. Ein weiterer Themenschwerpunkt widmete sich Frauen im Sport. Für diejenigen Interessierten, die nicht dabei sein konnten, wurde die Veranstaltung wieder per Livestream im Internet übertragen. Die Beiträge und weitere Informationen gibt es auf www.oe2020.at nachzusehen und

nachzulesen (siehe auch S. 10). Das nächste Thema der Reihe „Österreich 2020“-Zukunftsdiskurse ist Ausbildung und Beschäftigung von Jugendlichen. Die Jugendarbeitslosigkeit in Österreich zählt zwar zu den niedrigsten in Europa. Dennoch gibt es hier noch viel für uns zu tun. ♦

TERMINKALENDER

Mittwoch 6. 6. bis Freitag 8. 6.

21. Internationale Sommerakademie: „Ostjuden – Geschichte und Mythos“

Die Sommerakademie will sich dem Thema „Ostjuden“ aus drei Perspektiven nähern: Die erste Perspektive führt in den Osten, zu den jüdischen Gemeinden Galiziens, zu den Shtetln und den politischen und wirtschaftlichen Lebensgrundlagen. Zweitens wird man sich mit den „Ostjuden“ im Westen auseinandersetzen: mit Wien und New York, mit Migration und Kulturtransfer, aber auch mit den Daheimgebliebenen und Zurückgekehrten, mit Zionismus und dem Traum von einer besseren jüdischen Welt. Die dritte Perspektive ist als Blick von außen der Mythologisierung des Ostjudentums gewidmet, der Literatur und dem Museum, die unser Bild des „Ostjuden“ bis heute prägen.

Beginn:

Mittwoch bis Freitag jeweils 9.30 Uhr

Erste Bank,

Petersplatz 7, 1010 Wien

Donnerstag, 9. 6.

Seminar: „Anpassungsstrategien an den Klimawandel für Österreichs Wasserwirtschaft“

Ziel der TU Wien-ZAMG-Studie, die von Bund und Ländern beauftragt wurde, war es, den aktuellen Stand des Wissens zusammenzuführen, die Auswirkungen des Klimawandels auf die Wasserwirtschaft mit neuesten Daten und Methoden in konsistenter Weise abzuschätzen und Vorschläge für Anpassungsmaßnahmen zu erarbeiten. Die Studie behandelt die Themenbereiche

Klimaänderung und Klimavariabilität, Hochwasser, Wasserbilanz, Niedrigwasser, Wassertemperaturen, Geschiebepotenzial, Grundwasser, Seen, Gletscher, Wasserkraft, Wasserqualität, Nutzungs- und Bedarfsaspekte. In diesem Seminar werden die Ergebnisse der Studie präsentiert und mit den Fachleuten diskutiert.

Anmeldung: peyerl@oewav.at

Tel.: 01-535 57 20-88

Beginn: 8.30 Uhr

Bundesamtsgebäude – Festsaal,

Radetzkystraße 2, 1030 Wien

Freitag, 10. 6.

Preisverleihung: „Bruno-Kreisky-Preis für das politische Buch 2010“

Seit 1993 wird von der Bildungsorganisation der SPÖ und vom Dr.-Karl-Renner-Institut im Gedenken an Bruno Kreisky dieser Preis für politische Literatur vergeben, die den Werten und Zielvorstellungen Bruno Kreiskys entspricht und von den Schwerpunkten seiner politischen Arbeit geprägt ist. Der Hauptpreis geht an Charles Taylor für „Ein säkulares Zeitalter“, der Anerkennungspreis an Sandra Innerwinkler für „Sprachliche Innovation im politischen Diskurs“ und der Sonderpreis für besondere verlegerische Leistungen an den „WIESER VERLAG“. Die Begrüßung erfolgt durch Alfred Gusenbauer, Kuratoriumsvorsitzender des Dr.-Karl-Renner-Instituts.

Anmeldung: post@renner-institut.at

Tel.: 01-8046501

Beginn: 19.00 Uhr

Bruno-Kreisky-Forum

für internationalen Dialog,

Armbrustergasse 15, 1190 Wien



Jugend: Beschäftigung und Ausbildung

Rudolf Hundstorfer, Bundesminister für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz, Siegi Schrittwieser, steirischer Landeshauptmann-Stellvertreter, Willibald Mautner, Vorstandsdirektor voestalpine und Andrea Gessl-Ranftl, Nationalratsabgeordnete im „Österreich 2020“-Zukunftsdiskurs.

Um Anmeldung wird gebeten:

Renner-Institut Steiermark

jutta.wolf@spoe.at oder

Tel.: 0316/702 625.

Beginn: 18:30 Uhr

Aula der Franz Jonas-Hauptschule,

Gößgrabenstraße 17, A-8793 Trofaiach

IMPRESSUM

Medieninhaber und Herausgeber:

SPÖ, 1014 Wien, Löwelstraße 18,

Chefredakteur: Mag. Thomas

Geiblinger, Chefin v. Dienst: Mag^a Ute Pichler,

Redaktion: Markus Bacher, Mag. Gerald Demmel,

Mag^a Alexandra Hopf, Mag^a Birgit Jung, Philipp Lindner,

Sabine Pitterle, Mag. Peter Prantl, Mag^a Sophia

Schönecker, Michael Sifkovits, Andreas Strobl,

Susanne Vockenhuber,

Bildredaktion: Emil Goldberg, Layout: Thomas Lehmann,

Coverfoto: SPÖ

Bildbearbeitung: Max Stohanzl,

Sekretariat: Michaela Pavelka, Tel: 01/534 27/275

Verlag: edition rot Buch & Zeitschriften Handels &

Verlags GmbH, 1050 Wien, Rechte Wienzeile 97

Hersteller: LeykamDruck, Wr. Neustadt,

E-Mail: spoe.aktuell@spoe.at, Homepage: www.spoe.at

Einzelpreis: 0,73 Euro; Abo: 23 Euro

NET NEWS

www.gesundheitszieleoesterreich.at

Mitsprache in der Gesundheitspolitik

Die Initiative „Rahmen-Gesundheitsziele“ hat sich zur Aufgabe gemacht, die Entwicklung österreichischer Gesundheitsziele voranzutreiben. Auf der Webseite www.gesundheitszieleoesterreich.at sind nun alle Bürgerinnen und Bürger eingeladen, ihre Vorstellungen zu den österreichischen Rahmen-Gesundheitszielen und ihr persönlich wichtigstes Gesundheitsziel kundzutun. „Wir dürfen nicht nur auf Krankheit

reagieren, wir müssen verstärkt auch in Richtung Gesundheit agieren“, kündigt der Initiator, Bundesminister für Gesundheit Alois Stöger, an. „Dabei ist mir die Mitsprache möglichst aller gesellschaftlichen Bereiche wichtig. Ich lade Sie ein, hier Ihre Meinung kundzutun.“ Das angestrebte Ergebnis des Prozesses sind etwa zehn Rahmen-Gesundheitsziele, die die Richtung für die nächsten 20 Jahre Gesundheitspolitik weisen sollen. ♦





Wichtige Organisation

Bundeskanzler Werner Faymann hat die 50-Jahr-Feierlichkeiten der Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) besucht. Beim Zusammentreffen mit anderen Staats- und Regierungschefs hat der Bundeskanzler (im Bild mit Belgiens Premierminister Yves Leterme) für eine globale Finanztransaktionssteuer geworben.

Große Delegation

Bei ihrem Wien-Besuch hat eine Delegation der Vorarlberger SPÖ Frauen (im Bild u.a. Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek, SPÖ-Bundesfrauengeschäftsführerin Andrea Mautz und die SPÖ-Landesfrauenvorsitzende Olga Pircher) auch die von den SPÖ Frauen veranstaltete Podiumsdiskussion „Körperpolitiken“ besucht.



Ausführliche Diskussion

Erfahrungsaustausch und persönliche Gespräche – das gab es bei einem „Come together“, bei dem Kulturministerin Claudia Schmied (im Gespräch mit den Künstlerinnen Dorit Margreiter und Manuela Mark) über 80 Künstlerinnen und Künstler getroffen hat.



Volle Information

Einen Staatssekretär zum Angreifen – das gab es vor kurzem in der Demokratiewerkstatt. Staatssekretär Josef Ostermayer stand dort Schülerinnen und Schülern eines Wiener Gymnasiums Rede und Antwort.

